

DOKUMENTATION UND ANALYSEN

Kommt jetzt ein neues Regierungssystem? Die türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni und 1. November 2015

Mahir Tokatlı

Es kommt nicht oft vor, dass die Bürger eines Landes innerhalb eines Jahres zweimal zur Wahlurne gerufen werden, um ein neues Parlament zu wählen und folglich für eine neue Regierung zu sorgen. Im Jahr 2015 fanden in der Türkei binnen 147 Tagen zwei Wahlen zur Volksvertretung, der Großen Türkischen Nationalversammlung (TBMM) statt.¹ Seit 2002 regierte die konservativ-islamische AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) allein, ohne auf einen Koalitionspartner angewiesen zu sein. Bei der Wahl am 7. Juni 2015 verlor sie ganze neun Prozentpunkte und somit ihre absolute Mehrheit. Gleichzeitig übersprang das in der Tradition der kurdischen Parteien stehende linke Wahlbündnis HDP (Demokratische Partei der Völker) zum ersten Mal die geltende Zehn-Prozent-Hürde eindeutig mit 13,1 Prozent.² Die anschließenden Koalitionsverhandlungen scheiterten, und Staatspräsident *Recep Tayyip Erdoğan* rief Neuwahlen aus.

Am 1. November 2015 konnte die AKP, anders als es die meisten Demoskopken vorausgesagt hatten, die absolute Mehrheit zurückerobern. Die drei Oppositionsparteien der vorangegangenen Wahlperiode schafften zwar allesamt erneut den Sprung ins Parlament, doch mussten sie teils erhebliche Stimmenverluste hinnehmen.

Diese Wahlen heizten die Debatten um einen möglichen Regierungssystemwandel an, und die Ereignisse rund um den Putschversuch vom Juli 2016 und die Ausrufung des Ausnahmezustands lassen das präsidiale Regieren per Dekret im Zusammenhang mit dem AKP-Verfassungsvorschlag als ein „Präsidialsystem alla turca“ erscheinen.

1. Das Wahlsystem der Türkei

Das Wahlrecht war in der Türkei immer wieder Gegenstand unterschiedlicher Reformen. Das Militär führte nach dem ersten Putsch 1960 und der ein Jahr später verabschiedeten neuen Verfassung ein reines Verhältniswahlrecht ein, was teilweise ohne Sperrklausel angewandt wurde und als Reaktion auf das zuvor angewendete Mehrheitswahlrecht gesehen werden kann. Beide erprobten Varianten hatten in der politischen Praxis ihre Nachteile. Während das Mehrheitswahlrecht zu einer mangelhaften Repräsentation der Bevölkerung führte, sorgte das reine Verhältniswahlrecht ohne Sperrklausel für unklare Mehrheitsverhältnisse und erschwerte die Regierungsbildung und -fähigkeit. Nach 1980 und dem mittlerweile dritten Militärputsch wurde das Verhältniswahlrecht zwar fortgesetzt, jedoch mit

1 Im Folgenden der Einfachheit halber als „Parlament“ bezeichnet.

2 Alle Prozentzahlen sind amtliche Ergebnisse des Hohen Wahlausschusses (YSK).

der Einschränkung einer Zehn-Prozent-Klausel. Sowohl eine angemessene Repräsentation der Bevölkerung als auch die Funktionsfähigkeit der Regierung sollten durch klare Mehrheiten gewährleistet werden.³

Elektorale Sperrklauseln sind generell umstritten, gelten jedoch als wichtiger Bestandteil insbesondere von parlamentarischen Regierungssystemen, da sie die Stabilität von Regierungen fördern, indem sie einer starken Fragmentierung der Parlamente entgegenwirken.⁴ Nachteilig erscheint im Hinblick auf demokratische Repräsentation, dass nicht alle abgegebenen Stimmen im Parlament vertreten sind; aber zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems ist dies hinnehmbar. Entscheidend ist die Höhe der Sperrklausel. Die meisten Parlamente „schützen“ sich mit einer Fünf-Prozent-Hürde, so etwa der Deutsche Bundestag. Die weltweit höchste landesweite Hürde besitzt die Türkische Republik. Als Relikt des Militärputsches war diese mit der Hoffnung verbunden, das fragmentierte Parteiensystem der 1960er und 1970er Jahre in ein Zweiparteiensystem zu transformieren und darüber Stabilität generieren zu können.

Die türkische Parteienlandschaft ist seit dem Übergang zum Mehrparteiensystem 1946 von einem Zentrum-Peripherie-Konflikt geprägt, der sich hauptsächlich an der Konfliktlinie „laizistisch-modern“ vs. „islamisch-traditionell“ entzündet, aber auch ökonomische Aspekte beinhaltet sowie den klassischen Antagonismus zwischen „Stadt“ und „Land“. Darüber hinaus prägt das ethnische („Türken vs. Kurden“) und das konfessionelle („Sunniten vs. Aleviten“) Cleavage den parteipolitischen Wettbewerb. Diese Konfliktlinien lassen sich in zahlreichen politischen Strömungen kanalisieren: kemalistisch, nationalistisch, religiös, konservativ, wirtschaftsliberal, laizistisch, „pro“-kurdisch, sozialistisch und viele mehr. Zu diesen Strömungen gibt es die jeweilige gegnerschaftliche Position, die in einem Parteiensystem mit hohem ideologischen Polarisierungsgrad – wie in der Türkei anzutreffen – zu einer weiteren Mobilisierung und einer Vielzahl an Parteigründungen führt, was allerdings auch an der schwach ausgeprägten innerparteilichen Demokratie beziehungsweise an der machtvollen Position des Parteivorsitzenden liegt.

Trotz des majoritären Effekts der Zehn-Prozent-Hürde kam es in den neunziger Jahren nicht zu einer Konzentration des Parteiensystems. Einen Höhepunkt erreichte die Fragmentierung ab Mitte der neunziger Jahre; insbesondere das parteipolitisch konservative Lager war gekennzeichnet durch eine Vielzahl an „Mitte-Rechts“ Parteien, die um ähnliche Wählerklientele konkurrierten. Zur Parlamentswahl 2002 traten aus diesem Segment mehrere Parteien an, wie die in den achtziger Jahren dominierende „Mutterlandspartei“ (ANAP), die „Partei des Rechten Weges“ (DYP), und die an *Silvio Berlusconi*’s „Forza Italia“ angelehnte populistische Unternehmerpartei „Junge Partei“ (Genç Parti) des Medienunternehmers *Cem Uzan*. Hinzu kam, dass bei dieser Wahl die AKP, die darauf beharrte, eine konservativ-demokratische und keine primär islamische Partei zu sein, ebenfalls um Stimmen jener konservativen Mitte warb. Erst im Nachgang der Wahl sollte sich die Zahl auf mittlerweile vier Parteien im Parlament reduzieren. Obgleich eine Stabilisierung des Parteiensystems erreicht wurde, gab es bislang keine Modifikation hinsichtlich der Hürde, woran abzulesen ist, dass die Türkei auch unter der nunmehr 14-jährigen Alleinregierung der AKP keine konsolidierte Demokratie ist. Präziser wäre es, die Türkei als eine „Demokratie mit

3 Vgl. *Ergun Özbudun*, *Türkiye’de Parti ve Seçim Sistemi*, İstanbul 2011, S. 107.

4 Vgl. *Dieter Nohlen*, *Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme*, Opladen 2007, S. 206.

Adjektiven“ zu bezeichnen, in der demokratische Merkmale zwar vorhanden, jedoch nicht vollständig ausgeprägt sind.⁵

Tabelle 1: Ergebnisse (in Prozent) und Sitzverteilung der türkischen Parlamentswahl 2002

	AKP	CHP	DYP	MHP	Genç Parti	DEHAP	ANAP	Unabhängige*	Wahlbeteiligung
Prozent	34,3	19,4	9,5	8,4	7,3	6,2	5,1	1	79,1
Sitze	363	178	–	–	–	–	–	9	

Abkürzungen: AKP = Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, CHP = Republikanische Volkspartei, DYP = Partei des Rechten Weges, MHP = Nationalistische Aktionspartei, Genç Parti = Junge Partei, DEHAP = Demokratische Volkspartei, ANAP = Mutterlandspartei.

* Für unabhängige Kandidaten gilt die landesweite Sperrklausel nicht. Dem einzelnen Kandidaten gelingt der Einzug, sofern die für ihn abgegebenen Stimmen im Wahlkreis ausreichen ein Mandat zu erlangen.

Quelle: Hoher Wahlausschuss (YSK).

Da die Zehn-Prozent-Hürde zu einer immensen Verzerrung des Wählerwillens führt, ist fraglich, ob das Parlament über eine ausreichend repräsentative Zusammensetzung verfügt. Dies lässt sich anhand der Parlamentswahl von 2002 veranschaulichen: Lediglich 54,7 Prozent der abgegebenen Stimmen fanden ihren Weg in das Parlament, während die restlichen 46,3 Prozent wegfielen, da sie für Parteien abgegeben wurden, die an der Sperrklausel scheiterten.⁶ Die Zehn-Prozent-Hürde ermöglichte demnach, dass die AKP mit lediglich 34,3 Prozent der Stimmen eine Zweidrittelmehrheit im Parlament um nur vier Mandate verfehlte (vgl. Tabelle 1).

Insgesamt gibt es 85 Wahlkreise, wobei jede der 81 Provinzen berücksichtigt wird und lediglich die drei größten Städte in mehrere Wahlkreise unterteilt sind.⁷ Die Anzahl der Abgeordneten pro Provinz richtet sich nach der Bevölkerungsgröße, was zu einer Disproportionalität im Repräsentationsverhältnis führt. Als Beispiel seien die Provinzen İzmir und Bayburt genannt, die das schlechteste und beste Verhältnis aufweisen: In İzmir vertreten 26 Abgeordnete 3.106.250 Wahlberechtigte, während in Bayburt zwei Abgeordnete für die Repräsentation von 52.698 verantwortlich sind – anders ausgedrückt: In Bayburt kommen auf einen Abgeordneten 26.349, in İzmir 119.471 Bewohner.

Jede Provinz wählt ihre Repräsentanten, die allerdings erst dann in das Parlament einziehen, wenn die Partei, für die sie antreten, landesweit die Sperrklausel überwindet. Für die Zahl der einziehenden Abgeordneten ist das Stimmenverhältnis in der ganzen Provinz für sich allein genommen entscheidend. Dies führt dazu, dass eine Partei elektoral im ganzen Land mehr Stimmen auf sich vereinen kann, aber weniger Abgeordnete nach Ankara schickt, als eine Partei, die zwar weniger Stimmen insgesamt erhält, jedoch mehrere Provinzen für sich entscheidet.

5 Neben der Zehn-Prozent-Hürde lassen die schwach ausgeprägte Gewaltenteilung und die Einschränkung der Medien- und Pressefreiheit auf eine nicht vollständig konsolidierte Demokratie schließen. Siehe hierzu stellvertretend *Roy Kanadag*, Islam und Politik in der Türkei. Der Aufstieg der AKP aus historisch-institutionalisierter Perspektive, in: ZfP, 59. Jg. (2007), H. 3, S. 332 – 352; *Ergun Özbudun*, Contemporary Turkish Politics. Challenges to Democratic Consolidation, London 2000.

6 Allein fünf dieser Parteien hatten ein Ergebnis zwischen 5,1 und 9,6 Prozent der Stimmen (siehe Tabelle 1).

7 İstanbul ist in drei, Ankara und İzmir in jeweils zwei Wahlkreise aufgeteilt. Diese drei Städte machen insgesamt mehr als ein Viertel der Sitze (146) im ganzen Parlament (550) aus.

2. Die türkischen Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015

2.1. Im Vorfeld der Wahl

Trotz der weltweit höchsten Sperrklausel war das türkische Parlament in den 1990er Jahren immer fragmentiert, so dass die ursprüngliche Intention, ein Zweiparteiensystem zu etablieren, nicht realisiert werden konnte. Dies änderte sich erst mit der Wahl 2002, die eine Zeit der absoluten Mehrheiten einläutete.⁸ Mit Hilfe der Zehn-Prozent-Hürde wurde eine an sich fragmentierte Vielparteien-Landschaft fortan auf zwei Parteien im Parlament reduziert. In den folgenden Wahlen konnte sich die AKP prozentual zwar stets verbessern, jedoch schrumpfte ihre Sitzmehrheit, da nun mit der MHP eine dritte Partei ins Parlament gewählt wurde und die Kandidaten der Vorläuferparteien der HDP über den Umweg als „Unabhängige“ die Zehn-Prozent-Hürde umgingen.

Tabelle 2: Langzeittrends der Ergebnisse und Sitzverteilung der türkischen Parlamentswahlen (2007 bis 2015)

	2007		2011		Juni 2015		November 2015	
	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze	Prozent	Sitze
AKP	46,6	341	49,8	326/327**	40,9	258	49,5	317
CHP	20,9	112	26,0	135	25,0	132	25,3	134
MHP	14,3	71	13,0	53	16,3	80	11,9	40
HDP*	3,8	22	5,7	36/35**	13,1	80	10,8	59
Wahlbeteiligung	84,2		83,2		83,9		85,2	

Abkürzungen: vgl. Tabelle 1, HDP = Demokratische Partei der Völker.

* Die Zahlen der HDP 2007 und 2011 beziehen sich auf die Ergebnisse zweier Wahlbündnisse, die ihre jeweiligen Vorgängerparteien „Partei der demokratischen Gesellschaft“ (DTP; 2007) und „Partei des Friedens und der Demokratie“ (BDP; 2011) mit kleineren sozialistischen Parteien schlossen. Ihre Kandidaten traten bei den Parlamentswahlen als „Unabhängige“ an, um die Sperrklausel zu umgehen. 2007 hieß das Bündnis „Kandidaten der tausend Hoffnungen“, und 2011 nannte es sich „Block der Arbeit, Demokratie und Freiheit“.

** 2011 wurde kurz nach der Wahl *Hatip Dicle* (Unabhängiger/BDP) aufgrund eines Prozesses das Mandat aberkannt. Ein AKP-Abgeordneter rückte ins Parlament nach.

Quelle: Hoher Wahlausschuss (YSK).

Die Parlamentswahl im Juni 2015 galt als erste ernsthafte elektorale Belastungsprobe für die AKP. Nach dem historischen Wahlsieg 2002 und dem folgenden Aufwärtstrend regte sich mit dem Gezi-Widerstand im Mai 2013 erstmals massive Kritik an der Regierung und dem immer autoritärer werdenden Führungsstil *Erdogans*.⁹ Diese Kritik erhielt eine breitere Basis, als im Dezember desselben Jahres schwerwiegende Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder und ihre Angehörigen erhoben wurden. Anlass war der Erdöl-Handel mit dem Iran, bei dem die Türkei ihren Einkauf mit Gold tätigte, um die internationalen Iran-Sanktionen zu umgehen. Schmiergelder wurden an Politiker bezahlt, was die türkische

8 Vgl. *Meltem Müftürlü-Baç* / *E. Fuat Keyman*, Turkey Under the AKP. The Era of Dominant-Party Politics, in: *Journal of Democracy*, 23. Jg. (2012), H. 1, S. 85 – 99, S. 88 ff.

9 Vgl. *Zuhal Yeşilyurt-Gündüz*, Explosive Türkei. Ein Bericht zum Widerstand gegen ein autoritäres Regime, in: *Welt Trends. Zeitschrift für Internationale Politik*, 21. Jg. (2013), S. 9 – 19, S. 19.

Justiz aufdeckte, die unter anderem die beteiligten Söhne der Wirtschafts-, Umwelt- und Innenminister festnehmen ließ. Der damalige Ministerpräsident *Erdoğan* sprach von einer Schmutzkampagne gegen seine Regierung und vermutete hinter den Ermittlungen Mitglieder der *Gülen*-Bewegung¹⁰, seiner einstigen Verbündeten. Das Ergebnis waren Rücktritte der drei genannten Minister, eine größere Kabinettsumbildung, der Austausch von Staatsanwälten und Polizisten und schließlich die gerichtliche Abweisung aller Anklagen.

Etwa ein Jahr später musste die AKP bei den Kommunalwahlen im März 2014 erstmals – wenn auch überschaubare – Verluste hinnehmen. Die Präsidentschaftswahl fünf Monate später geriet demgegenüber zu einem Triumph für *Erdoğan*, der seit 2003 als Ministerpräsident des Landes¹¹ amtiert hatte. Mit 51,8 Prozent der abgegebenen Stimmen wurde er bereits in der ersten Runde gewählt und konnte seinen stärksten Kontrahenten *Ekmelledin İhsanoğlu*, der gemeinsame Kandidat der sozialdemokratisch-kemalistischen CHP (Republikanische Volkspartei) und der nationalistischen MHP (Nationalistische Aktionspartei), weit hinter sich lassen. Diese Dachkandidatur nutzte letztlich der HDP und dem dritten Bewerber, *Selahattin Demirtaş*. Obwohl dieser mit 9,8 Prozent das schlechteste Ergebnis erzielte, war dies mehr als ein Achtungserfolg, der seine Partei dazu ermutigte, bei den nächsten Parlamentswahlen als Partei anzutreten und sich der destruktiven Zehn-Prozent-Hürde zu stellen. Das gute Ergebnis *Demirtaş* bei der Präsidentschaftswahl zeigte ein gewisses Potential einer „kurdischen“ Partei im Westen.¹² Die Vorgänger der HDP hatten nie mehr als sechs Prozent erhalten¹³, weshalb es überraschte, dass die HDP sich entschloss, als Partei anzutreten, denn bei einem Nicht-Einzug hätte sie nicht nur (1) keine Abgeordneten stellen können, sondern auch (2) nahezu alle von ihr gewonnenen Sitze im Osten an die AKP verloren, was wiederum für deren absolute Mehrheit gesorgt hätte.

2.2. Der Wahlkampf

Das zentrale Thema des AKP-Wahlkampfes war die geplante Einführung eines Präsidialsystems. Als Vorbild dienen dabei weniger die USA mit ihrer klassisch gewaltentrennenden Präsidialrepublik und die von Frankreich exemplarisch verkörperte „semipräsidentielle“ Spielart; vielmehr soll eine spezielle türkische Form des Präsidialismus geschaffen wer-

10 Genannt ist die Bewegung nach ihrem Führer, dem Prediger *Fethullah Gülen*. Von einem Teil der Beobachter wird sie als dialogbereite moderate Vertreterin eines politischen Islams gesehen, von anderen als radikal-islamistisch bezeichnet, deren sektenähnliche Organisation streng hierarchische und mafiose Strukturen aufweise. *Gülen* lebt seit 1999 im selbst gewählten Exil im US-Bundesstaat Pennsylvania.

11 In den ersten Monaten der AKP-Regierung war *Abdullah Gül* Ministerpräsident, da *Erdoğan* aufgrund eines Politikverbots nicht in das Parlament gewählt werden konnte. Erst eine Nachwahl in der Provinz Siirt machte dies und folglich seine Wahl zum Regierungschef möglich.

12 Bisher scheiterten sozialistisch-kurdische Parteien allesamt an der Sperrklausel und/oder wurden vom Verfassungsgericht verboten. Dennoch konnten sie immer wieder Abgeordnete mit Wurzeln in der kurdischen Bewegung ins Parlament entsenden: Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre über die Liste der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei; sie fusionierte 1994 mit der CHP), später über den Umweg der unabhängigen Kandidatur.

13 Das beste Ergebnis erzielte die DEHAP (Demokratische Volkspartei) bei den Parlamentswahlen 2002 mit 6,2 Prozent. Sie konnte trotz dieses Resultats keinen Abgeordneten nach Ankara entsenden, obwohl sie in 13 Provinzen die stärkste Kraft wurde.

den, über dessen konkrete Ausgestaltung sich die AKP bedeckt hält und betont, dass diese Gegenstand weiterführender Verhandlungen sei. Dennoch legte die AKP-Fraktion im November 2012 dem Parlament einen Verfassungsentwurf vor. Darin besteht die Exekutive lediglich aus einem direkt gewählten Präsidenten und steht dem separat gewählten Parlament gegenüber. Anders als im klassischen Präsidialsystem sollen allerdings beide Gewalten die Möglichkeit erhalten, sich aus politischen Motiven gegenseitig aufzulösen/abzuwählen.¹⁴ Hierbei entsteht eine Machtasymmetrie zugunsten der Exekutive durch einen nicht vorhandenen Abstimmungsbedarf der aus einer Person bestehenden Exekutive im Vergleich zu einem fragmentierten Parlament, das sich mit einer Mehrheit gegen den – direkt vom Wahlvolk legitimierten – Staatspräsidenten stellen muss.¹⁵ Darüber hinaus ist in jener Version der Staatspräsident mit der Prerogative ausgestattet, Dekrete mit Gesetzeskraft am Parlament vorbei zu erlassen, sofern „er das Gefühl hat“, diese seien notwendig.¹⁶

Weniger ein den demokratischen Ansprüchen genügendes präsidientes System ist folglich das Ziel, als vielmehr ein exekutivlastiges, das auf eine Person zugeschnitten ist und eine mangelhafte horizontale Gewaltenteilung aufweist. Da im geplanten Verfassungsvorschlag die Wahlen synchronisiert sind, ist von gleichgerichteten Mehrheiten auszugehen. Falls sich wider Erwarten gegenläufige Mehrheiten ergeben und sich das Parlament gegenüber der Exekutive emanzipieren will, wird über dem Parlament stets das Damoklesschwert der Auflösung durch den Staatspräsidenten schweben. Dies droht dem Präsidenten ebenso, allerdings muss dafür wiederum eine absolute Mehrheit im Parlament gegeben sein, die über die Abberufung zunächst einen Konsens finden muss. In einem derartigen Fall von Auflösungen – eventuell sogar permanenten, ähnlich der Weimarer Republik – sieht der Verfassungsentwurf vor, beide Organe binnen 90 Tagen neu zu wählen, wobei die Kompetenzen der Gewählten für diesen dreimonatigen Zeitraum bestehen bleiben; folglich kann der Präsident weiterhin legislativ agieren, während das Parlament geschwächt bleibt. In der Schlussfolgerung wird deutlich, dass in diesem „Präsidialsystem alla turca“ die Machtdiffusion schwach ausgeprägt ist und stattdessen eine Konzentration in der Exekutive vorliegt.

Ein wesentlicher Bestandteil des Wahlkampfes der AKP war *Erdoğan*, der sich entgegen dem Neutralitätsgebot, das die Verfassung dem türkischen Staatspräsidenten vorschreibt, am Wahlkampf seiner Partei übermäßig beteiligte und diesen mit seinen öffentlichen Auftritten prägte. Zwar stand seine Person nicht im Fokus der Parlamentswahl, doch wurde diese von der AKP zu einer Abstimmung des Wahlvolks über das künftige Regierungssystem stilisiert. Bemerkenswert ist das Plädoyer des damals amtierenden Ministerpräsidenten *Ahmet Davutoğlu* für die Einführung eines Präsidialsystems, denn dies bedeutete für ihn einen kompletten Machtverlust, da das von ihm bekleidete Amt in Zukunft nicht vorgesehen war. Als Partei begründete die AKP einen Regierungssystemwandel mit der Instabilität von Koalitionsregierungen, auf die das parlamentarische System häufig angewiesen sei. Des Weiteren behauptete sie, dass der Parlamentarismus als solcher nicht zur Politischen Kultur

14 Vgl. *Faruk Ataay*, *Adalet ve Kalkınma Partisi'nin 'Başkanlık Sistemi' önerisi üzerine Değerlendirme*, in: *Alternatif Politika*, 5. Jg. (2013), H. 3, S. 266 – 294.

15 Ähnlich verhält es sich mit der Besetzung des türkischen Verfassungsgerichts, dessen 17 Mitglieder vom Parlament (9) und Präsidenten (8) gewählt werden. Dadurch, dass die Exekutive aus einer Person besteht und acht Richter von ihr ohne irgendwelche Einschränkungen ernannt werden, trüge das Verfassungsgericht verstärkt die Handschrift des Präsidenten, während das Parlament wiederum einem komplexeren Kooperations- und Abstimmungsbedarf unterliegt.

16 Artikel 23 des Verfassungsvorschlags.

der Türkei passe, obwohl das Land diese Regierungsform bereits seit 1876 praktiziert.¹⁷ In der Türkei sei die Kultur einer Konsensfindung nicht ausgeprägt, die wiederum erst stabile Koalitionen ermögliche und folglich das reibungslose Funktionieren des Regierungssystems garantiere. Die AKP verweist in diesem Zusammenhang auf frühere an mangelnder Konsensfähigkeit gescheiterte Koalitionen und die damit verbundenen politischen und ökonomischen Krisen, insbesondere in den neunziger Jahren.¹⁸ Ein politisches System ohne den Zwang, Koalitionen eingehen zu müssen, sei mit der Politischen Kultur der Türkei demnach besser vereinbar.

Die drei Oppositionsparteien griffen dieses Thema auf und führten allesamt einen Anti-AKP Wahlkampf, der sich in erster Linie gegen *Erdoğan's* Person richtete, dessen autoritären Führungsstil angriff, die Korruptionsskandale und die ausschweifende Verschwendung der AKP kritisierte. Zusätzlich bezeichnete die Opposition den Ministerpräsidenten *Davutoğlu* als Marionette *Erdoğan's* und bestrafte ihn mit weitgehender Nicht-Beachtung. Während diese Punkte die Gemeinsamkeiten der Opposition darstellten, hatte jede Partei ihren eigenen programmatischen Schwerpunkt.

Als größte Oppositionspartei konzentrierte sich die CHP in ihrem Wahlkampf auf ökonomische Fragen, wie die Anhebung des Mindestlohns und die Erhöhung der Rente. Unter Demokratisierungsaspekten positiv zu vermerken ist, dass sie einen Teil ihrer Kandidaten durch Vorwahlen direkt von ihren Mitgliedern bestimmen ließ. Dennoch schaffte es die CHP nicht, die Menschen zu begeistern und eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen. Sie verharrte in ihrer schwerfälligen, bürokratischen Art.

Die MHP entfachte ebenfalls keine Begeisterung, jedoch positionierte sie sich deutlich. Sie verschärfte ihre nationalistische Rhetorik und ergänzte diese mit Anfeindungen gegenüber der AKP. Als Paradebeispiel der türkisch-islamischen Synthese, verbindet die Partei einen völkischen türkischen Nationalismus mit dem Islam und verstand sich einst als Bollwerk gegen den Kommunismus und Sozialismus.¹⁹ Heute fungieren vielmehr (vermeintlich) separatistische Kurden als ihr Feindbild. Sie erhoffte sich, durch Angriffe auf die AKP im Wahlkampf national-konservative Wählerstimmen zu gewinnen, und warf der Regierungspartei vor, nationale Interessen zu verkaufen. Dabei rekurrierte sie auf eine gemeinsame Erklärung der AKP und HDP zum Friedensprozess im Dolmabahçe Palast in Istanbul im Februar 2015.²⁰ Dabei setzte sie die HDP mit der „Kurdischen Arbeiterpartei“ PKK²¹ (Partiya Karkerên Kurdistanê) gleich und bezichtigte, dieser Logik folgend, die Regierungspartei der Zusammenarbeit mit Terroristen.

17 Das Osmanische Reich wurde zum Ende des 19. Jahrhunderts zu einer konstitutionellen Monarchie mit einem parlamentarischen System umgewandelt. Vgl. *Levent Gönenç*, Presidential Elements in Government: Turkey, in: *European Constitutional Law Review*, 4. Jg. (2008), H. 3, S. 488 – 523, S. 488.

18 Vgl. AKP, Political Vision of Justice and Development Party: 2023, 30. September 2012, S. 15.

19 Vgl. *Ümit Kurt*, The Doctrine of “Turkish-Islamic Synthesis” as Official Ideology of the September 12 and the “Intellectuals’ Herth – Aydınlar Ocağı” as the Ideological Apparatus of the State, in: *European Journal of Economic and Political Studies*, 3. Jg. (2010), H. 2, S. 111 – 125, S. 118.

20 Vgl. *Kathleen Cavanaugh / Edel Hughes*, A Democratic Opening? The AKP and the Kurdish Left, in: *Muslim World Journal of Human Rights*, 12. Jg. (2015), H. 1, S. 53 – 74, S. 70 f.

21 Die PKK wird unter anderem von der Türkei, der EU und den USA als terroristische Gruppierung eingestuft.

Der kleinsten Fraktion im Parlament, der HDP, gelang es, gleichsam eine „Catch-all Party“ der Marginalisierten zu werden und mit ihrem charismatischen Ko-Vorsitzenden *Selahattin Demirtaş* für „frischen Wind“ zu sorgen.²² Die Kandidatenauswahl der HDP war geprägt von einem pluralen Verständnis, das die ganze ethnische und religiöse Vielfalt des Landes widerspiegelte und großen Wert auf die Gleichberechtigung der Geschlechter legte. Dies führte zu einer „bunten“ Liste und Zurückdrängung der bis dahin vorherrschenden Strömungen, die die Vorgängerparteien einst primär ausmachten: der kurdische Ethnizismus und der Sozialismus. Die Schwerpunkte der HDP waren (1) gesellschaftliche Demokratisierung, (2) umfassende Partizipation, die sich gegen jegliche Exklusion stellte und (3) die friedliche Beilegung des Kurden-Konflikts. Diese breitere Aufstellung eröffnete ihr die Möglichkeit, unterschiedliche Positionen und Kandidaten nicht von vornherein auszuschließen. Damit versuchte sie, einerseits im Osten des Landes religiös-konservative Kurden zu mobilisieren und andererseits im Westen urbane Linke für sich zu gewinnen. In der Tat erzeugte die HDP das größte Bedrohungspotential für die AKP, da sie allein mit ihrem Einzug ins Parlament das erklärte Ziel einer verfassungsändernden Mehrheit der AKP verhindern konnte.

Im Fall der nicht vollständig demokratisch konsolidierten Türkei konnten Unregelmäßigkeiten bereits im Wahlkampf beobachtet werden, was zu einer Beschädigung des Prinzips fairer und freier Wahlen führt und sich dem Kriterium einer „defekten Demokratie“ annähert.²³ Zu nennen ist hier der Missbrauch staatlicher Ressourcen seitens der Regierungspartei. Zum einen berichteten die staatlichen Sender parteiisch, und zum anderen wurden amtliche/dienstliche Auftritte kommunaler AKP-Politiker zu Wahlkampfzwecken genutzt.²⁴ Noch schwerer wiegt, dass oppositionelle Kräfte staatlichen Repressalien ausgesetzt waren. Hierzu zählen neben Politikern und Parteien nicht zuletzt Medien und Journalisten. In einigen Städten wurden Wahlplakate und -stände der Oppositionsparteien CHP und HDP abgerissen oder gar nicht erst erlaubt.²⁵

Unter diesen Umständen war die Durchführung eines reibungslosen Wahlkampfes für die Oppositionsparteien kaum möglich. Besondere Einschränkungen erfuhr die HDP, indem sie vermehrt zum Opfer von Anschlägen wurde. In Mersin und Adana waren ihre Parteibüros Ziel zweier Bombenexplosionen, in Diyarbakır detonierte bei ihrer Abschlusskundgebung eine weitere Bombe und riss vier Menschen in den Tod. Alle drei Anschläge sind bis heute nicht aufgeklärt.²⁶

2.3. Die Juni-Wahl und die Folgen

Nach 13 Jahren Alleinherrschaft erlitt die AKP zum ersten Mal Stimmenverluste. Mit fast neun Punkten minus erhielt die Regierungspartei lediglich 40,9 Prozent der Stimmen. Die CHP konnte aus ihrem jahrelangen Status als größte Oppositionspartei kein Kapital schla-

22 Vgl. *Ayhan Kaya*, Democracy and Civil Society in Turkey: Contesting Tutelage, Istanbul Policy Centre, Nr. 23 (2015), S. 2.

23 Vgl. *Wolfgang Merkel*, Defekte Demokratien, Bd. 1, Opladen 2003.

24 Vgl. *Cengiz Günay*, Nach den Wahlen – Eine „Neue Türkei“?, in: Österreichisches Institut für Internationale Politik (Hrsg.), Policy Paper, Nr. 9 (2015), S. 1 – 20, S. 12.

25 Vgl. Friedrich-Ebert Stiftung, Die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 in der Türkei. Die Wähler haben für Veränderung gestimmt, Türkei Analyse (8. Juni 2015), S. 1 – 6. S. 4.

26 Vgl. ebenda.

gen, blieb jedoch weiterhin mit 25 Prozent die zweitstärkste Kraft. Stimmen hinzugewinnen konnten die MHP und die HDP. Während erstere beeindruckende 16,3 Prozent erreichte, gelang es der HDP auf Anhieb, mit 13,1 Prozent der Stimmen erstmals ins Parlament einzuziehen. Die Sitzverteilung änderte sich gravierend. Die beiden größten Parteien verloren Mandate, die AKP sogar 69 und die CHP drei, während die MHP und die HDP 27 respektive 45 Mandate hinzugewannen (vgl. Tabelle 3).

	AKP	CHP	MHP	HDP	Wahlbeteiligung
Prozent	40,9 (-8,9)	25,0 (-1,0)	16,3 (+3,3)	13,1 (+6,6)	83,9 (+0,7)
Sitze	258 (-69)	132 (-3)	80 (+27)	80 (+45)	550

Abkürzungen: vgl. Tabelle 1 und 2.
Quelle: Hoher Wahlausschuss (YSK).

Der Verlust der absoluten Mehrheit der AKP machte zum ersten Mal in der „Ära Erdoğan“ eine Koalitionsbildung notwendig. Die Vokabel „Koalition“ ist in der Türkei negativ konnotiert; mit ihr wird stets Instabilität verbunden. Dies bezeugen nicht zuletzt die vielen vorzeitig gescheiterten Mehrparteienregierungen in den 1960er, 1970er und besonders in den 1990er Jahren.²⁷

Für den großen Verlust der AKP im Juni 2015 lassen sich zwei Faktoren als ausschlaggebend festmachen: (1) Die eher konservativ-religiösen Kurden im Osten des Landes haben bei dieser Wahl primär die HDP und nicht länger die AKP gewählt. Mit seiner Kobanê-Politik²⁸ verspielte Erdoğan einstige Sympathien innerhalb der kurdisch-stämmigen Bevölkerung, die er zuvor mit seiner „Politik der Öffnung“ erfolgreich umworben hatte. Die HDP erzielte (2) durch ihre erfolgreiche „Türkisierung“ Stimmengewinne in den großen Städten im Westen wie Istanbul, Ankara und İzmir. Im Gegensatz zu ihren Vorgängerparteien hat es die HDP also geschafft, sich regional zu emanzipieren. Dies gelang durch eine Erweiterung ihrer Agenda, die sich nun nicht länger nahezu ausschließlich in den Belangen der kurdischen Bevölkerung und sozialistischen Idealen erschöpft, sondern einem Pragmatismus wich, der weite Bevölkerungsteile umfasst; aus einer „One-Issue“ wurde eine „Catch-All-Party“.²⁹ Im Westen erarbeitete sich die HDP einen progressiven Status und

27 Vgl. *Metin Heper*, Conclusion – The Consolidation of Democracy versus Democratization in Turkey, in: *Barry Rubin / ders.* (Hrsg.), *Political Parties in Turkey*, London / Portland 2002, S. 138 – 147, S. 142.

28 Kobanê-Politik bedeutet hier einerseits die Weigerung der türkischen Regierung den dortigen Kurden gegen den IS zur Hilfe zu eilen und auch im Sinne der westlichen Staatengemeinschaft an der türkischen Grenze zu intervenieren und andererseits die Lesart *Erdoğan's*, Kobanê werde in Kürze fallen und sei bereits an den IS verloren. Diese Haltung wurde durch Gerüchte gefüttert, wonach die Türkei ihre Grenze für kurdische Freiwillige versperrte, gleichzeitig jedoch IS-Kämpfer hin und her geschleust wurden. Siehe hierzu *Henri J. Barkey*, *Erdogan's Foreign Policy IS in Ruins*, in: *Foreign Policy* vom 4. Februar 2016; *Constanze Letsch / Ian Traynor*, *Kobani: Anger Grows as Turkey Stops Kurds from Aiding Militias in Syria*, in: *The Guardian* vom 8. Oktober 2014.

29 Aus diesen Gründen lehnt der Verfasser die eindimensionale Bezeichnung „prokurdische HDP“ ab, die sich über wissenschaftliche Abhandlungen bis in Zeitungsartikel durchgesetzt hat. „Prokurdisch“ verkürzt die Vielfalt, die diese Partei als eigenen Anspruch erhebt und vorlebt.

war in verschiedenen Organisationen wie zum Beispiel der LGBTIQ-Community³⁰ und in feministischen Bewegungen fest verwurzelt, während ihre Kandidaten im Osten des Landes größtenteils entweder ihre politischen Wurzeln in der kurdischen und/oder sozialistischen Bewegung haben oder eine religiös-konservative Weltanschauung vertreten.

Der Staatspräsident erteilte dem Vorsitzenden der stärksten Partei den Regierungsbildungsauftrag. Es folgte eine kurze Verhandlung mit der MHP³¹ und eine langwierige mit der CHP, letztlich ohne positiven Ausgang. Bei einer ausbleibenden Regierungsbildung räumt die Verfassung dem Staatspräsidenten die Möglichkeit ein, nach 45 Tagen Neuwahlen auszurufen. In der Regel wird aber nach dem Scheitern der stärksten Partei der Vorsitzende der zweitstärksten vom Präsidenten hiermit beauftragt – so zumindest die bisherige politische Praxis. Die Regierungsbildung in die Hände des Vorsitzenden der CHP, *Kemal Kılıçdaroğlu*, zu legen, war jedoch nicht im Sinne *Erdoğan's*, der sich als Staatspräsident bereits sehr früh für Neuwahlen aussprach, die Frist letztlich verstreichen ließ und den erneuten Urnengang ankündigte.³²

Wahrscheinlich wäre es ohnehin nicht zu einer Regierungsbildung gekommen, da die Opposition trotz einer strukturellen Mehrheit nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Lage war. Während die CHP und die HDP zu vielen Kompromissen bereit waren, blieb die MHP unter ihrem Vorsitzenden *Devlet Bahçeli* bei ihrem strikten „Nein“ zu jeglicher Zusammenarbeit mit der HDP. Selbst das Angebot *Kılıçdaroğlu's*, auf das Ministerpräsidentenamt zugunsten *Bahçeli's* zu verzichten, und die Bereitschaft der HDP, nicht Teil der Regierung zu sein, sondern von außen, also informell, eine MHP/CHP-Minderheitsregierung dauerhaft zu stützen, fand bei der MHP keine positive Resonanz. Noch nicht einmal auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Parlamentspräsidenten konnte sich die heterogene Opposition einigen. Die MHP weigerte sich, den CHP-Bewerber *Deniz Baykal* zu wählen, weil die HDP ihre Unterstützung ankündigte.³³

3. Die türkischen Parlamentswahlen vom 1. November 2015

3.1. Der Wahlkampf

Während die Oppositionsparteien im Großen und Ganzen bei ihren vorherigen Positionen und Forderungen blieben, änderte die AKP ihre Strategie. Hatte sie noch im Februar 2015 in einer gemeinsamen Erklärung mit der HDP Initiativen für einen Friedensprozess mit

30 Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual, Intersex und Queer.

31 Die MHP stellte vier Bedingungen auf, die von der AKP nicht akzeptiert wurden: (1) die Unabänderbarkeit der ersten vier Artikel der Verfassung, (2) das Ende des Friedensprozesses, (3) die Wiederaufnahme der Anklage zu den Korruptionsvorfällen und (4), dass *Erdoğan* in seiner Rolle als Präsident passiv zu sein habe.

32 Die Verfassung sieht nach Artikel 116 vor, dass der Präsident bei einem Scheitern der Regierungsverhandlungen nach 45 Tagen und einer Beratung mit dem Parlamentspräsidenten darüber entscheiden kann, das Parlament aufzulösen und neu wählen zu lassen.

33 Vgl. „Election for Speaker of Turkey's Parliament Goes to Third Round“, in: *Hürriyet Daily News* online vom 30. Juni 2015, <http://www.hurriyetdailynews.com/election-for-speaker-of-turkeys-parliament-goes-to-third-round.aspx?PageID=238&NID=84762&NewsCatID=338> (Abruf am 15. Februar 2016).

den Kurden angekündigt, so modifizierte sie ihren Kurs im Vorfeld der Juni-Wahlen³⁴, um ihn nun ganz aufzugeben. Die AKP-Rhetorik erhielt eine stark nationalistische Färbung.

Dieser Wandel in der Rhetorik lässt sich dadurch erklären, dass die HDP sich zum größten parteipolitischen Widersacher der AKP gemausert hat, da sie mit ihrem bloßen Einzug ins Parlament die absolute Mehrheit der AKP verhinderte. Nicht länger der Regierungssystemwandel hin zu einer Präsidentialrepublik stand im Fokus der AKP, sondern Sicherheit und Stabilität im ganzen Land, die die HDP als vermeintlicher politischer Arm des Terrorismus gefährdete.

Tatsächlich herrschten kurz nach den Wahlen in der Türkei chaotische Zustände. Am 20. Juli 2015 – mitten in den Koalitionsverhandlungen – wurde in Suruç, einer Stadt an der Grenze zu Syrien, ein Selbstmordattentat verübt, bei dem 34 politisch links³⁵ stehende junge Menschen starben und der dem so genannten Islamischen Staat (IS) zugeschrieben wird. Daraufhin wurden zwei türkische Polizisten in Ceylanpınar, wiederum nahe der syrischen Grenze getötet. Ein Teil der PKK übernahm die Verantwortung hierfür und warf der AKP-Regierung vor, sie unterstütze den IS. Nahezu gleichzeitig wurden im Südosten der Türkei Soldaten und Polizisten angegriffen, und die Regierung verhängte in mehrheitlich kurdisch geprägten Städten monatelange Ausgangssperren, von denen die Zivilbevölkerung nicht unberührt blieb.

In dieser aufgeheizten Stimmung verschärfen AKP-Politiker ihren Ton, indem sie die politische Rhetorik der MHP aufgriffen und HDP-Politiker des Terrorismus bezichtigten. Es kam zu pogromartigen Überfällen hauptsächlich gegenüber der HDP und ihren Sympathisanten.³⁶

Die AKP verfolgte die Strategie, die HDP als „Terroristenpartei“ zu diskreditieren und zu delegitimieren, um sie unter die Zehn-Prozent-Hürde zu drücken. Letztlich ging es um das kurdische Wählerreservoir, das bei der vorangegangenen Wahl mehrheitlich die HDP gewählt hatte, jedoch zuvor die AKP, die wiederum nunmehr die zweite Präferenz der Wähler im Osten darstellte. Würde es der HDP nicht gelingen, zehn Prozent der landesweiten Stimmen zu erlangen, könnte sie keine Abgeordneten ins Parlament entsenden, und ein Großteil der Mandate würde so an die AKP übergehen.

Die AKP gerierte sich als Partei, die jeglichen Terrorismus nicht nur verurteilte, sondern auch entschieden bekämpfte, im Gegensatz zur HDP und CHP, denen sie eine Verharmlosung der PKK respektive der marxistisch-leninistischen „Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front“ DHKP-C (Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi) unterstellte. Parteien, die mit Terroristen sympathisierten, könnten nicht für Sicherheit und Stabilität sorgen. Hierfür instrumentalisierte sie den schlimmsten Terroranschlag in der jüngeren Vergangenheit, bei dem am 10. Oktober 2015 auf einer Demonstration für Demokratie und Frieden in Ankara – aufgerufen von zahlreichen linken Organisationen, darunter Gewerkschaften – mehr als 100 Menschen in den Tod gerissen wurden. Dies sei, so Ministerpräsident

34 *Erddoğan* sagte es existiere in der Türkei gar kein Kurden-Problem, womit er seine vorherigen positiven Bemühungen jenen Konflikt friedlich zu lösen ad absurdum führte.

35 Ein großer Teil der Opfer war in der Föderation der sozialistischen Jugendverbände der Türkei organisiert.

36 Vgl. „HDP Leader Speaks out on Latest Violence Across Turkey“, in: *Hürriyet Daily News* online vom 9. September 2015, <http://www.hurriyetdailynews.com/hdp-leader-speaks-out-on-latest-violence-across-turkey.aspx?pageID=238&nid=88217> (Abruf am 15. Februar 2016).

Davutoğlu, ein „Terrorismus-Cocktail“, geplant und durchgeführt von dem IS, der PKK und der DHKP-C.³⁷

Die MHP befand sich während des Wahlkampfes aufgrund des Rechtsrucks der AKP in einer misslichen Lage. Konnte sie sich im vorangegangenen Wahlkampf noch als nationalistische Interessenvertreterin präsentieren und die AKP der Kooperation mit der HDP bezichtigen, wurde der nationalistischen Partei dieses Alleinstellungsmerkmal durch die neue Ausrichtung der Regierungspartei genommen. Viel Kritik musste ihr Vorsitzender zudem wegen seines kategorischen „Neins“ hinnehmen, das der Opposition die einmalige Möglichkeit nahm, die AKP in die Opposition zu drängen.

Auf der anderen Seite versuchte die CHP ihr wirtschaftspolitisches Profil zu schärfen und mit großzügigen ökonomischen Versprechen anzutreten, während die HDP Frieden und Demokratie in den Vordergrund stellte, dabei aber angesichts der Attacken vor der Herausforderung stand, überhaupt Wahlkampf führen zu können.

Darüber hinaus erlitt insbesondere die Presse- und Meinungsfreiheit erhebliche Rückschläge. Kurz vor der Wahl kam es zu staatlichen Eingriffen: Der regierungskritische Medienkonzern der Koza-Ipek Gruppe, der der *Gülen*-Bewegung nahesteht, wurde verstaatlicht und seine Arbeit unverzüglich gestoppt. Die OSZE spricht von erheblichen Einschnitten in die Grundrechte und von massiven Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit.³⁸

Alles in allem lässt sich feststellen, dass die AKP die chaotischen und kriegerischen Zustände in der türkischen Gesellschaft ausnutzte, um Sicherheit und Stabilität zu betonen. Unzufrieden mit dem Verlust der absoluten Mehrheit und der damit verbundenen Unfähigkeit, das Regierungssystem zu einem AKP-Präsidentialismus umzuformen, galt es, die HDP aus dem Parlament zu verdrängen, weshalb sie delegitimiert werden musste und die AKP sich stärker nationalistisch präsentierte.

3.2. Die November-Wahl und die Folgen

Für alle überraschend konnte sich die AKP ihre fünf Monate zuvor verlorene absolute Mehrheit zurückerobern und mit 49,5 Prozent der Stimmen an ihr erfolgreichstes Ergebnis von 2011 anknüpfen. Selbst die AKP-nahen Demoskopien hatten im besten Fall mit einem Ergebnis von 44 Prozent gerechnet.³⁹ Der HDP gelang trotz Verlusten der Einzug ins Parlament, womit sie erneut eine verfassungsändernde Mehrheit der AKP verhinderte. Anders als bei der Wahl zuvor konnte die AKP dieses Mal die absolute Mehrheit an Sitzen erreichen, da die MHP erhebliche Verluste hinnehmen musste und die Hälfte ihrer Mandate verlor (vgl. Tabelle 4).

Obwohl die MHP mehr als einen Prozentpunkt vor der HDP lag, erhielt sie 19 Sitze weniger als diese. Viele Mandate gewann die HDP im Südosten des Landes, wo sie ihr größtes und wichtigstes Wählerreservoir hat. In zwölf Provinzen wurde sie stärkste Partei, zwei weni-

37 Vgl. *Metin Gürcan*, *Would you Like your Terror Straight up or as a Cocktail?*, in: *Al Monitor* vom 22. Oktober 2015, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2015/10/turkey-syria-isis-ankara-bombings-terror-cocktail-kurds-pyd.html#> (Abruf am 15. Februar 2016).

38 Vgl. Organization for Security and Co-operation in Europe, *International Election Observation Mission: Republic of Turkey – Early Parliamentary Elections*, 1. November 2015.

39 Einen positiven Effekt für die AKP hatte der Besuch *Angela Merkels* zum EU-Türkei-Abkommen kurz vor der Wahl und die damit verbundene Nicht-Veröffentlichung des kritischen Fortschrittsberichts der EU.

ger als im Juni.⁴⁰ Insgesamt ist im Osten der Republik für die HDP ein Verlust von acht Sitzen festzustellen. Allerdings ist hier ein weiteres Mal hervorzuheben, dass die Entscheidung der HDP, als Partei anzutreten, allein schon deswegen ein Erfolg war, weil zuvor die als „Unabhängige“ antretenden Kandidaten im Osten der Türkei in lediglich sieben Provinzen die politisch stärkste Kraft stellten. Neben der Unzufriedenheit mit der AKP und ihrer negativen Rolle in Kobanê, war es entscheidend, dass sich die HDP als Stimme der Menschen im Osten etablierte, für eine Veränderung steht und folglich den Status Quo in Frage stellt.

Tabelle 4: Ergebnisse und Sitzverteilung der türkischen Parlamentswahl vom 1. November 2015

	AKP		CHP		MHP		HDP		Wahlbeteiligung	
Prozent	49,5	(+8,6)	25,3	(+0,3)	11,9	(-4,4)	10,8	(-2,3)	85,2	(+1,3)
Sitze	317	(+59)	134	(+2)	40	(-40)	59	(-21)	550	

Abkürzungen: vgl. Tabelle 1 und 2.
Quelle: Hoher Wahlausschuss (YSK).

Im Gegensatz dazu konnte die CHP im Osten in keiner Provinz das Rennen für sich entscheiden. Lediglich in Tunceli (bis 2011 noch eine Hochburg der CHP) und in Ardahan gewann sie je einen Sitz, ansonsten ging sie hier wie in den Jahren zuvor leer aus. Generell lassen sich die Zahlen für die CHP nicht schönreden: Allein 53 ihrer 134 Sitze, also mehr als ein Drittel, entfielen auf die drei großen westlichen Städte (Ankara, İstanbul und İzmir). Diese Zahlen verdeutlichen, dass die Partei es versäumt hat, sich von einer zentralistisch-bürokratischen Elitepartei zu emanzipieren und Wähler in der Peripherie anzusprechen. Ihre streng laizistischen und teilweise nationalistischen Positionen erreichen Wähler im europäisch geprägten Westen und den Küstengebieten, nicht jedoch kurdische und religiöse Wähler am Rande, also in Zentral- und Ostanatolien. Auch ihre sozialdemokratischen Ansätze in ökonomischen Fragen überzeugen einen Großteil der Wähler nicht.

Die AKP wurde in 62 Provinzen stärkste Kraft und konnte nahezu überall Mandate erringen; in 17 Provinzen erlangte sie sogar alle dort zu vergebenden Sitze. Lediglich in drei Provinzen ist die AKP nicht vertreten.⁴¹ Die CHP konnte in sechs Provinzen stärkste politische Kraft werden, während in 35 Wahlkreisen kein einziger ihrer Kandidaten reüssierte. In ganzen 57 beziehungsweise 59 Provinzen konnte weder die MHP noch die HDP Sitze gewinnen. Doch während es letztere schaffte, immerhin in zwölf Provinzen die stärkste Partei zu werden, gelang dies der MHP in keiner einzigen.

3.3. Die Wanderung der Sitze

Bei einer Analyse von Gewinnen und Verlusten der Parteien sind nicht allein die Wahlen 2015 zu berücksichtigen, sondern diese müssen in Relation zu der Sitzverteilung 2011 gesetzt werden, um sinnvolle Schlüsse ziehen zu können.

Im Vergleich zur Juni-Wahl hat die AKP im November 2015 zwar 59 Sitze hinzugewonnen, jedoch verglichen mit der Wahl 2011 zehn Mandate verloren. Die CHP verlor einen und die MHP insgesamt 13 Sitze, während einzig die HDP 24 hinzugewinnen konnte (vgl. Tabelle 5).

⁴⁰ Die nordost-anatolischen Provinzen Ardahan und Kars.

⁴¹ Hierbei handelt es sich um Tunceli (HDP/CHP), Şırnak (HDP) und Hakkari (HDP).

Tabelle 5: Sitzverteilung und Gewinne / Verluste der Parteien seit der Parlamentswahl 2011						
	Sitzverteilung			Gewinne / Verluste		
	2011	Juni 2015	November 2015	Juni 2015 zu 2011	November zu Juni 2015	November 2015 zu 2011
AKP	327	258	317	-69	+59	-10
CHP	135	132	134	-3	+2	-1
MHP	53	80	40	+27	-40	-13
BDP / HDP	35	80	59	+45	-21	+24

Abkürzungen: vgl. Tabelle 1 und 2, BDP = Partei des Friedens und der Demokratie.
Quelle: Hoher Wahlausschuss (YSK).

Die Zahlen scheinen darauf hinzudeuten, dass die HDP alle verlorenen Sitze der drei Parteien gewonnen hat, inklusive die der nationalistischen MHP. Dies ist allerdings nicht der Fall, da ein Großteil der MHP-Mandate zur AKP gewandert ist. Vielmehr ist zu vermuten, dass die HDP einen Großteil ihrer Sitze von der AKP im Osten erhielt, ein Verlust, der für diese längerfristig sein könnte. Werden allein die Wahlkreise betrachtet, in denen die HDP beziehungsweise damals noch die kurdisch-sozialistische BDP als „Unabhängige“ 2011 Sitze erreichen konnte⁴² und werden diese mit der Anzahl der dortigen AKP-Sitze in den letzten drei Parlamentswahlen verglichen, wird deutlich, dass die HDP erheblich zu einem Rückgang der AKP-Mandate in dieser Region beigetragen hat. Dies ist noch klarer zu erkennen, wenn in die Analyse nur die kurdisch geprägten Städte⁴³ einbezogen und Adana, Istanbul und Mersin nicht berücksichtigt werden.

Tabelle 6: Sitzverteilung und Gewinne / Verluste der AKP und BDP/HDP seit der Parlamentswahl 2011 in 14 kurdischen Provinzen						
	Sitzverteilung			Gewinne / Verluste		
	2011*	Juni 2015	November 2015	Juni 2015 zu 2011	November zu Juni 2015	November 2015 zu 2011
AKP	39	17	25	-22	+8	-14
BDP / HDP	30	52	44	+22	-8	+14

Abkürzungen: vgl. Tabelle 1 und 2, BDP = Partei des Friedens und der Demokratie.
* In Iğdır gelang es der MHP einen Abgeordneten zu stellen, weswegen die Summe der Sitze der AKP & BDP nicht 70 ergibt.
Quelle: Hoher Wahlausschuss (YSK).

Während in diesen 14 Provinzen die BDP 2011 lediglich 30 von 70 möglichen Sitzen⁴⁴ erhielt, konnte ihre Nachfolgerin, die HDP, sich vier Jahre später im Juni auf 52 Sitze steigern, während sie sich bei der letzten Wahl um acht verschlechterte und nunmehr 44 Mandate zählt. Die AKP dominierte 2011 noch jenes kurdische Gebiet mit 39 Sitzen, verlor jedoch mit dem erstmaligen Einzug der HDP im Juni insgesamt 22 davon. Im November

42 Die 17 Provinzen in alphabetischer Reihenfolge: Adana, Ağrı, Batman, Bingöl, Bitlis, Diyarbakır, Hakkari, Iğdır, İstanbul, Kars, Mardin, Mersin, Muş, Siirt, Şanlıurfa, Şırnak und Van.

43 „Kurdisch geprägt“ bedeutet hier keine ethnische, sondern eine politische Dimension. Traditionell erreichten kurdische Parteien in diesen 14 Provinzen viele Stimmen.

44 Seit der Wahl im Juni 2015 stellen diese 14 Provinzen nur noch 69 Abgeordnete. Die Provinz Muş entsendet nunmehr drei statt vier Abgeordnete nach Ankara.

konnte sie sich zwar von 17 auf 25 Sitze verbessern, dennoch ist ihr heutiges Ergebnis schlechter als das der unabhängigen kurdischen Kandidaten 2011. Das Verhältnis von 44 (HDP) zu 25 (AKP) zeigt deutlich, dass die HDP den Wettbewerb um den kurdischen Wähler im Osten der Republik für sich entscheiden konnte und die AKP dort zur zweitstärksten Partei degradierte (vgl. Tabelle 6).

Auffallend ist das Auf und Ab der MHP-Sitze. Bei der Parlamentswahl im Juni konnte sie ihre Mandatszahl von 53 auf 80 steigern. Der Verlust im November zeigt jedoch, dass es sich dabei lediglich um einen Ausreißer handelte, der zum einen auf einer *Anti-Erdoğan* Kampagne beruhte und zum anderen – und dies ist wahrscheinlich bedeutender – die MHP sich als einzige Partei auf ihre Kernkompetenz, den Nationalismus, berufen konnte. Der Vorwurf, die AKP mache gemeinsame Sache mit der HDP, und deren Gleichsetzung mit der PKK bediente nationalistische Ressentiments. Ein solcher Wahlkampf war jedoch im November nicht länger möglich, da die AKP ihrerseits die HDP bekämpfte und sich verstärkt nationalistisch präsentierte. Die Zahl der verlorenen Sitze der MHP an die AKP ist gravierend. Insgesamt 37 der 40 verlorenen Mandate gingen auf das Konto der AKP, die sich gerade in den Kerngebieten der MHP-Wähler in Zentralanatolien durchsetzte.

Anders sieht es bei der CHP aus, die zwar lediglich ein Mandat im Vergleich zu 2011 verloren, dafür aber gegenüber der Juni-Wahl zwei gewonnen hat. Für die größte Oppositionspartei ist diese Ausbeute kläglich. Angefangen mit den Wahlen 2007 führte die CHP den Begriff der Leihstimmen ein, die zunächst von CHP-Anhängern an die MHP und bei der Juni-Wahl an die HDP abgegeben wurden, um mit dem Einzug einer weiteren Partei ins Parlament eine verfassungsändernde Mehrheit der AKP zu verhindern. Spätestens mit dem letzten Ergebnis ist zu erkennen, dass sich diese Leihstimmen nicht in Mandate übersetzen lassen. Es ist davon auszugehen, dass lediglich zwei Sitze (MHP) in İzmir und einer (HDP) in Tunceli tatsächlich auf Leihstimmen zurückzuführen sind. Alle anderen HDP-Mandate im Westen gingen zur AKP über, so in İstanbul, Ankara und Bursa.

Auffällig ist zudem, dass die CHP erhebliche Probleme hat, für Wähler in der gesamten Türkei attraktiv zu erscheinen. Der Eindruck einer bürokratisch-verwaltungslastigen, elitären und (streng) kemalistischen Partei haftet ihr weiterhin an und lässt sich an einer Zahl besonders gut veranschaulichen: Knapp 40 Prozent aller CHP-Mandate wurden in den sieben Wahlkreisen der drei großen Städte errungen.

4 „Semi-präsidentiell“, „de-facto präsidentiell“ oder „präsidentiell alla turca“?

Auf der Agenda der AKP – das zeigten die ersten Diskussionen unmittelbar nach der Wahl – steht die Errichtung eines Präsidialsystems weit oben. Dies ist nur über eine Verfassungsänderung zu erreichen, wofür die Verfassung zwei Möglichkeiten (Artikel 175) bereitstellt: zum einen durch eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, was bedeutet, dass mindestens 367 von 550 Abgeordneten der Verfassungsreform zustimmen müssten.⁴⁵ Aufgrund des Vierparteiensystems wurde diese Option, sowohl im Juni als auch im November, verfehlt. Zum anderen bliebe der Umweg eines Referendums, sofern eine Parlamentsmehrheit von 330 Abgeordneten (entspricht einer Dreifünftelmehrheit) die Verfassungsänderung be-

⁴⁵ Dem Staatspräsidenten stünde es frei, trotz einer Zweidrittelmehrheit die Verfassungsänderung mit einem Veto zu versehen und per Referendum die Bürger entscheiden zu lassen.

schließt. In der momentanen Zusammensetzung des Parlaments reichte es der AKP aus, 13 weitere Abgeordnete zu überzeugen. Als ein mögliches Szenario dient eine parlamentarische Kooperation der AKP und der MHP, die gemeinsam auf 357 Abgeordnete kämen und somit eine potentielle Verfassungsänderung den Bürgern zur Abstimmung vorlegen könnten.

Das Regierungssystem der Türkei ist – der Pfadabhängigkeit folgend – ein parlamentarisches, jedoch mit der Besonderheit eines qua Verfassung starken Präsidenten, der als ein zentraler Akteur im politischen Geschäft auftritt. Diese starken Kompetenzen veranlassen Beobachter zu der Einschätzung, die Türkei habe eine semi-präsidentielle Verfassung, die mit der Verfassungsänderung 2007 (Direktwahl des Staatspräsidenten) und ihrer Implementierung 2014 endgültig zu den semi-präsidentiellen Regierungssystemen zu zählen sei.⁴⁶

Diese Kategorisierung ignoriert jedoch die Funktionslogik eines solchen Systems, das sich nämlich erst als semi-präsidentiell begreift, sofern der Präsident (a) politische Gestaltungsmacht besitzt und (b) sich gegenüber „seinem“ Ministerpräsidenten, der von der Parlamentsmehrheit abhängig ist, politisch durchsetzt. Da sich durch die Direktwahl des Präsidenten im August 2014 ein entscheidender Faktor geändert hat, hängt die Neuinterpretation von der Amtsausübung des Präsidenten ab – historisches Beispiel hierfür ist *Charles de Gaulle*.⁴⁷ Bisher ist eindeutig: *Erdoğan* ist ein aktiver Präsident, und der jeweilige Ministerpräsident ließ dies zu. Mit anderen Worten, solange *Erdoğan* in der Lage ist, mit seinem Gegenüber in der Regierung ein harmonisches Exekutiv-Tandem zu bilden, sein eigentlicher Widerpart sich als sein Mitspieler entpuppt und zu seinen Gunsten auf eigene Macht verzichtet, kann von einer semi-präsidentiellen Logik wie in Frankreich zu Zeiten gleichgerichteter Mehrheiten gesprochen werden. Besitzt der Präsident weder politische Gestaltungsmacht noch die Fähigkeit, sich gegenüber dem Ministerpräsidenten politisch durchzusetzen, handelt es sich um ein parlamentarisches System mit dem bloßen Unterschied eines direkt gewählten Präsidenten wie etwa in Österreich.

Nach der Wahl im Juni hatte das Szenario des Präsidenten als mächtigeren Part innerhalb der Exekutive keine Zukunftsperspektive, da die AKP gezwungen war, eine Koalition zu bilden. Die Regierung wäre demnach von einem Koalitionspartner abhängig. Dies hätte zur Folge gehabt, dass der Staatspräsident die Amtsführung des Ministerpräsidenten nicht so leicht hätte beeinflussen können. Im Gegensatz zu einer Alleinregierung gibt es in einer Koalition einen oder mehrere Partner mit dem Drohpotential, jederzeit die Zusammenarbeit zu beenden. Die V. Französische Republik zeigt, dass die Zusammensetzung des Parlaments entscheidend für die tatsächliche Stärke des Präsidenten ist. Bei einer gleichgerichteten Mehrheit ist die Rollenverteilung in der doppelten Exekutive eindeutig; anders ist sie während einer Kohabitation. Im ersten Fall ist der Präsident der faktische Regierungschef und der Ministerpräsident schlüpft in die Rolle eines Ministers, während bei einer Kohabitation die Regierungsführung weitgehend auf den Ministerpräsidenten übergeht.

Voraussetzung für ein harmonisches Exekutiv-Tandem ist der freiwillige Rückzug eines Teils der doppelten Exekutive ins zweite Glied. Während der Amtszeit *Abdullah Gül*s als Staatspräsident (2007 bis 2014) erlebte die türkische Republik zum ersten Mal einen vergleichsweise schwachen Staatspräsidenten, da *Gül* zugunsten des damaligen Ministerpräsi-

46 Vgl. stellvertretend dafür *Robert Elgie*, Duverger, Semi-presidentialism and the Supposed French Archetype, in: *West European Politics*, 32. Jg. (2009), H. 2, S. 248 – 267, S. 266.

47 Vgl. *Maurice Duverger*, A New Political System Model: Semi-Presidential Government, in: *European Journal of Political Research*, 8. Jg. (1980), H. 2, S. 165 – 187, S. 171.

denten *Erdoğan* freiwillig auf die Wahrnehmung seiner präsidentiellen Kompetenzen größtenteils verzichtete. Solch ein Verzicht ist in einer Koalitionsregierung schwer vorstell- und durchsetzbar, weshalb es – unter der Prämisse der eigenen Machterhaltung – für *Erdoğan* essentiell war, Neuwahlen auszurufen und eine absolute Mehrheit der AKP anzustreben.

Das türkische „Regierungschef-Projekt“ erinnert eher an russische Verhältnisse denn an die Regierungswirklichkeit des französischen Semi-Präsidentialismus. Seit *Erdoğan*s Wahl zum Staatspräsidenten und der Wahl *Davutoğlu* zum Ministerpräsidenten hat sich das Machtgleichgewicht in der Exekutive zugunsten des Staatspräsidenten verschoben. Diese Konstellation änderte sich auch nicht mit der Wahl *Binali Yıldırım*s. Es hat den Anschein, dass nicht das Amt entscheidend ist, sondern sich die Macht innerhalb der doppelten Exekutive nach der jeweiligen Person richtet, wie in Russland unter *Wladimir Putin* und *Dmitri Medwedew*.

Die absolute Mehrheit war auch deshalb von großer Bedeutung, weil sich hieraus die Möglichkeit ergab, die Demission *Davutoğlu* im Mai einzuleiten, was wiederum jener französischen Logik entspricht, wonach der Staatspräsident bei gleichgerichteten Mehrheiten den Regierungschef nach Belieben austauscht. Die Ernennung *Yıldırım*s zum Ministerpräsidenten ist bezeichnend, da sich dieser in der Vergangenheit viel mehr als ergebener und treuer *Erdoğan*-Anhänger präsentierte, denn als ein eigenständiger politischer Akteur mit Machtansprüchen, zu dem sein Vorgänger zu reifen begann. Ein harmonisches Tandem in dem Sinne, dass innerhalb der Exekutive der Staatspräsident von dieser Partnerschaft profitiert, konnte mit einer noch größeren Machtasymmetrie zugunsten *Erdoğan*s erneut gebildet werden.

5. Putsch und Ausblick

Die Türkei ist ein putscherprobtes Land, denn seit ihrer Gründung 1923 intervenierte das Militär viermal: 1960, 1971, 1980 und 1997. Dennoch schien die politische Rolle des Militärs zunehmend der Vergangenheit anzugehören, denn durch demokratische Reformen gelang es der AKP, diesen demokratisch nicht legitimierten Vetospieler zu entmachten, was sich insbesondere darin zeigt, dass die AKP einen vorherigen Putschversuch 2007⁴⁸ erfolgreich abwehren konnte. Dementsprechend überraschte die versuchte Intervention der türkischen Streitkräfte am 15. Juli 2016 zahlreiche Beobachter, und umso erstaunlicher ist es, dass dennoch für die Regierung bereits in der Putschnacht die *Gülen*-Bewegung als Verantwortliche feststand, eine erste Liste mit Namen der vermeintlich Beteiligten in derselben Nacht veröffentlicht wurde und schon am Tag danach die ersten „Säuberungen“ im öffentlichen Dienst begannen.

Die Drahtzieher des Putschversuchs sind mangels Beweise bislang unbekannt, so dass die USA die Auslieferung des Hauptverdächtigen *Fethullah Gülen* verweigern. Zur Aufklärung der Geschehnisse wurde schnell eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt, doch während die Oppositionsparteien ihre Mitglieder früh benannten, verschleppte die AKP die Aufarbeitung und gab erst in der zweiten Oktoberwoche ihre Mitglieder bekannt.

48 Im Zuge der Präsidentschaftswahl und des Festhaltens der AKP an ihrem Kandidaten *Gül* drohten die türkischen Streitkräfte auf ihrer Homepage (deshalb „E-Memorandum“ genannt), nicht tatenlos zuzusehen und zu intervenieren, sofern antilaizistische und die Republik gefährdende Aktivitäten seitens der AKP nicht unverzüglich beendet würden.

Nach Artikel 120 der Verfassung kann der Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten bei ernsthaften Anzeichen von sich „ausbreitenden Gewalthandlungen, die auf eine Aufhebung der durch die Verfassung begründeten freiheitlichen demokratischen Grundordnung (...) gerichtet“ sind, den Ausnahmezustand ausrufen und dem Parlament zur Abstimmung vorlegen. Diese Erklärung erfolgte am 20. Juli für drei Monate und wurde von der Nationalversammlung mit deutlicher Mehrheit angenommen. Im Oktober wurde der Ausnahmezustand um drei weitere Monate, also bis Januar 2017, verlängert. Im Gegensatz zum Kriegsrecht⁴⁹ herrscht im Ausnahmezustand die Exekutive unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten; diesem ist erlaubt, per Dekrete, die Gesetzeskraft erlangen, am Parlament vorbei Gesetze zu erlassen, die auch nicht von der Judikative, weder materiell noch formell, auf Verfassungswidrigkeit geprüft werden dürfen. Mit anderen Worten: Die Gewaltenteilung ist ausgehebelt, die Exekutive betätigt sich als Gesetzgeber, dessen Verordnungen gerichtlich nicht angefochten werden können. Während des Ausnahmezustands sind Grundrechte und -freiheiten außer Kraft gesetzt, sofern nicht international gültige Verträge und Abkommen verletzt werden.

Obwohl der Ausnahmezustand explizit dafür ausgerufen wurde, die Demokratie wiederherzustellen, indem gegen „Gülenisten“ ermittelt werden sollte, wurde ziemlich schnell deutlich, dass die Möglichkeit, per Dekret zu regieren, seitens des Präsidenten dafür benutzt wird, sich weiterer unliebsamer Gegner zu entledigen. Zahlreiche Verhaftungen von HDP-Angehörigen, die per Dekret verordneten Absetzungen demokratisch legitimierter Bürgermeister und Mitglieder von Stadträten im Osten der Türkei und die Schließung kurdischer und alevitischer Fernsehsender sowie die Verfolgung von kritischen Journalisten wegen angeblicher Terrorpropaganda lassen auf eine unverhältnismäßige Benutzung der präsidentiellen Befugnisse schließen.

Ob der Ausnahmezustand einem zukünftigen autokratischen „Präsidialsystem alla turca“ Pate steht, mag nach drei Monaten nicht abschließend zu bewerten sein, jedoch dient es als ein realistisches Szenario. Parallelen sind zu erkennen: Das präsidentielle Dekretrecht weist dem Präsidenten in beiden Systemen eine entscheidende Rolle im Regierungssystem zu. Sowohl die schwache Judikative als auch die in großen Teilen ohnmächtige Legislative erlauben ein reibungsloses Regieren der Exekutive. Würde in naher Zukunft das „Präsidialsystem alla turca“ realisiert, könnte die Türkei von einem Ausnahmezustand nahtlos in ein autoritäres System übergehen und folglich wäre die Ausnahme der Normalzustand.

Eine Annäherung in der Frage einer neuen Verfassung ist mit der MHP möglich, und die Mindestzahl an Abgeordneten wäre erreicht, um der Bevölkerung ein neues Regierungssystem zur Abstimmung in einem Referendum vorzulegen. Die nationalistische und von institutionell-strategischen Überlegungen geprägte kurdophobe Haltung der AKP und die Bereitschaft der MHP, die Verlängerung des Ausnahmezustandes kritiklos zu unterstützen, hat beide Parteien einander näher gebracht.

49 Diese kann nach Artikel 122 bei „Gewalthandlungen, die auf die Aufhebung der (...) demokratischen Ordnung gerichtet und ernster sind als die die Ausrufung des Notstands erfordernden Fälle (...), oder einer Unternehmung von gewaltsamen Aktionen gegen das Vaterland oder die Republik“ durch den Ministerrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten ausgerufen werden. Das Besondere am Kriegsrecht ist, dass die Macht größtenteils auf das Militär übergeht, wie zum Beispiel die Verwaltung der Provinzen.